

ANFRAGE

des Abgeordneten Riemer
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres
betreffend das AKW Krsko

Wie die Kleine Zeitung am 21.7.2015 online berichtete, einigten sich Slowenien und Kroatien auf eine Laufzeitverlängerung des gemeinsam betriebenen Atomkraftwerks Krsko. Eigentlich sollte der Reaktor im Jahr 2023 stillgelegt werden - nun soll er bis 2043 Strom liefern. Durch die geographische Lage ist die Gefahr von Erdbeben nicht ausgeschlossen. Bei einem atomaren Unfall wären aufgrund der räumlichen Nähe zu Österreich auch Konsequenzen für die österreichische Bevölkerung nicht ausgeschlossen. Aus Österreich und auch aus Brüssel kam deswegen Kritik. Das Land Kärnten prüft ein rechtliches Vorgehen gegen die Laufzeitverlängerung.

Laut dem slowenischen Innenminister sei das Atomkraftwerk "sicher und wirtschaftlich". Das Atomkraftwerk wurde im Jahr 1983 erbaut. Seitdem kam es immer wieder zu Zwischenfällen. Erst 2008 hatte die EU-Kommission wegen eines Lecks im Kühlsystem eine europaweite Warnung ausgegeben.

(Quelle: <http://www.kleinezeitung.at/s/politik/aussenpolitik/4781706/Laengere-Lebensdauer-fur-AKW-Krsko-Kritik-aus-Osterreich>)

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres folgende

Anfrage

1. Ist Ihnen die Problematik um das AKW Krsko bekannt?
2. Gab oder gibt es seitens Ihres Ressorts Bemühungen, mit einem Vertreter der slowenischen und/oder kroatischen Seite bezüglich des AKWs Krsko in Kontakt zu treten?
3. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
4. Wenn nein, warum nicht?



HK

23/9

